

**Projektland: Slowakei****Quartal/Jahr: Oktober – Dezember 2010****Slowakische Regierung widerstand einer Parlamentskrise  
(Analyse der slowakischen politischen Szene Oktober – Dezember 2010)**

Das abschließende Quartal des Jahres 2010 traf die derzeitige slowakische, von Ministerpräsidentin **Iveta Radičová** geführte Regierung in einer Krise. Ihr Hauptmerkmal ist das Misstrauen zwischen den Partnern der Regierungskoalition, das vor allem durch die Umstände der Wahl des Generalstaatsanwalts der SR verursacht wird. Bereits kurz nach der Machtübernahme einigten sich die Parteien der Regierungskoalition auf die Notwendigkeit einer Veränderung an der Spitze der Generalstaatsanwaltschaft und sie kamen überein, dass sie den derzeitigen Chef der Staatsanwaltschaft **Dobroslav Trnka** nicht für eine weitere Amtszeit unterstützen. Da die Programmklärung der Regierung von Schritten hin zur Besserung der Rechtsumsetzung und Vertrauen in die Justiz spricht, deklarierte die Koalition, dass für mehr Vertrauen in die Generalstaatsanwaltschaft auch eine Veränderung des Amtes des Generalstaatsanwalts unumgänglich ist. Bei der Wahl im Nationalrat der SR erreichte aber keiner der beiden Kandidaten – weder der bisherige Generalstaatsanwalt Dobroslav Trnka noch der von der Koalition nominierte **Jozef Ľentěš** eine einfache Mehrheit. Ein Teil der Abgeordneten der Regierungskoalition stimmte auch nach Androhung eines Rücktritts seitens I. Radičová nicht für den neuen Generalstaatsanwalt. Die Pattsituation will die Koalition nun letztendlich mit einer Obstruktion lösen – den letzten Versuch einer Wahl des Generalstaatsanwalts im Jahre 2010 blockierten die Koalitionsabgeordneten, um so eine dritte Wahl im März 2011 zu erzwingen, dann aber mit neuen Regeln. Laut dem Parlamentspräsidenten **Richard Sulík** erfordert das eine Gesetzesänderung, „...damit die Wahl nicht nur des Generalstaatsanwalts, sondern die Mehrzahl der geheimen Wahlen offengelegt werden.“ Obwohl es so gelang, einen Regierungssturz hinauszuzögern (oder zumindest einen Rücktritt der Ministerpräsidentin), dauert der Krisenzustand, wo sich die Regierung nicht auf eine notwendige und zuverlässige Mehrheit im Parlament stützen kann, in der Slowakei weiter an.

Der Oppositionsführer, der Vorsitzende der Partei SMER **Róbert Fico** hält das Vorgehen der Koalition sowie auch die geplanten Änderungen bei der Abstimmung im Parlament für eine Verletzung der slowakischen Verfassung, er kommentierte diesen Zustand mit den Worten: „Die Regierungskoalition verbot durch den Koalitionsrat den eigenen Abgeordneten zu wählen und gab ihnen Anweisung, was sie tun sollen. Das ist eine nie dagewesene Änderung demokratischer Spielregeln mitten im Prozess. Sie passen eingebürgerte demokratische Regeln ihren undemokratischen Regeln an, nur um sich um jeden Preis an der Macht zu halten.“

Zu den Misserfolgen der derzeitigen konservativen Regierung in der Slowakei kann man auch die Ergebnisse der Kommunalwahlen im November zählen, die eine Schwächung der Koalitionsparteien in den Regionen, hauptsächlich in den Ämtern der Oberbürgermeister in den Hauptstädten der Landschaftsverbände brachten, vor allem in Bratislava und in Košice. In beiden Fällen wurden die amtierenden konservativen Oberbürgermeister von Kandidaten, unterstützt durch die Partei Smer, abgelöst. Das war auch die Folge der Unfähigkeit der konservativen Parteien, sich auf einen gemeinsamen und wählbaren Kandidaten zu einigen. Für die Niederlage in der Hauptstadt sollte laut KDH die stärkste Koalitionspartei SDKÚ-DS die Verantwortung tragen, die die Koalitionskandidatin **Magda Vášáryová** nominiert hatte, deren Wahlpotential aber sehr niedrig war. „*Wir werden überlegen, wie wir auch die Kommunalpolitik so wirksamer machen können, damit wir in vier Jahren die nächste Prüfung bestehen.*“ gab Parteichef Mikuláš Dzurinda unmittelbar nach den Wahlen seinen Teil der Schuld zu, gleich nachdem klar war, dass der Kandidat **Milan Ftáènik** mit Unterstützung von Smer-SD, das Amt des Oberbürgermeisters von Bratislava erringen konnte. **František Knapík**, der Kandidat von KDH und SDKÚ-DS für das Amt des Oberbürgermeisters der zweitgrößten slowakischen Stadt – Košice, wurde in den Kommunalwahlen durch **Richard Raši**, den außer der oppositionellen Partei Smer auch die Koalitionspartei Most-Híd unterstützte, besiegt. Parteichef **Béla Bugár** fühlt sich nicht für den Verlust des Oberbürgermeisteramts in Košice auf Seiten der Konservativen verantwortlich, was er mit der unwürdigen Einstellung zu den Verhandlungen hinsichtlich einer Partnerschaft mit den übrigen konservativen Parteien erklärte.

Umgekehrt kann man zu den Erfolgen der jetzigen Regierung in der Slowakei die Verabschiedung einer Novelle zum Staatshaushaltsgesetz für das Jahr 2010 zählen. Nominell geht man für das Haushaltsjahr 2010 von einer Defizitsteigerung um 794 Mio. € auf insgesamt 4,54 Mrd. € aus. Das geplante Defizit der öffentlichen Hand in Höhe von 5,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahre 2010 erwies sich laut Finanzministerium als unrealistisch. Das Parlament verabschiedete ursprünglich für das Jahr 2010 einen Haushaltsplan mit Gesamtbudgeteinnahmen von 12,531 Mrd. € und mit Gesamtausgaben von 16,277 Mrd. €. Das Staatshaushaltsdefizit soll so 3,746 Mrd. € erreichen. Das staatliche Defizit erreichte vergangenes Jahr 2,791 Mrd. €. Der neue Finanzminister Ivan Mikloš hatte aber bereits nach seinem Amtsantritt angekündigt, dass der Haushaltsplan in der verabschiedeten Version unrealistisch ist und revidiert werden muss. Das Staatshaushaltsgesetz der Slowakei musste daher das zweite Jahr in Folge korrigiert werden. Einen ähnlichen Schritt unternahm das Finanzministerium bereits 2009, noch unter Leitung von **Ján Poèiatek**, als das Defizit für 2009 auf mehr als das Dreifache von ursprünglich 1,009 Mrd. € auf 3,127 Mrd. € erhöht wurde. Im Jahr 2009 wurde das Gesetz dabei nach neun Monaten Wirksamkeit geändert. Man reagierte laut der damaligen Leitung des Ministeriums auf den deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung infolge der Kulmination der globalen Krise.

Hinsichtlich des verabschiedeten ersten Haushaltsplans der neuen Regierung im Parlament sagte Finanzminister Ivan Mikloš, dass der „...*gefährliche (griechische oder ungarische) Weg ein Ende hat, den die Slowakei in den letzten Jahren eingeschlagen hatte.*“ Gleichzeitig versprach er, dass im kommenden Jahr die öffentlichen Gelder deutlich genesen werden, was Bedingungen und Voraussetzungen für ein Wachstum der Wirtschaft und des Lebensniveaus schafft. Das größte Risiko des verabschiedeten Haushaltsplans ist nach Meinung des Ministers bei der Offenheit der slowakischen Wirtschaft das äußere Umfeld, und damit also die Entwicklung in der europäischen und der Weltwirtschaft.

Das erste Halbjahr der Regierung von Iveta Radièová kann man trotz der offensichtlichen Uneinigkeit der in der Regierungskoalition vertretenen Parteien als erfolgreich werten. Es gelang, mehrere Reformen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich zu verabschieden und zu starten und auch den Genesungsprozess der öffentlichen Gelder anlaufen zu lassen. An

den innerpolitischen Spannungen hat die Öffentlichkeit, im Unterschied zu den Medien, kein außerordentliches Interesse. Entscheidend wird sein, wie die Bürger die unumgänglichen Folgen der Sparmaßnahmen im Jahre 2011 mit Auswirkungen vor allem im Bereich der Preise aufnehmen. Nicht von Vorteil für die Wirtschaftsstabilität des Landes sowie auch für die politische Szene sind sicher die Turbulenzen im Zusammenhang mit der Krise in der Eurozone und das Aufwerfen von Fragen bezüglich einer Überdenkung der gemeinsamen Währung, die zum Jahresabschluss Parlamentspräsident Richard Sulík ansprach. Solche Positionen, nicht koordiniert mit der Finanzpolitik der gesamten Eurozone, können die Slowakei in den Augen der Investoren als stabiles und vertrauenswürdige Land in Zweifel bringen. Natürlich betrifft diese Problematik nicht nur die Slowakei und hinsichtlich der existierenden Probleme der Wirtschaftssysteme Griechenlands, Portugals, Irlands, Spaniens oder Italiens ist die Beunruhigung einiger slowakischer Politiker nachvollziehbar.

Zu den wichtigen Ereignissen aus der Sicht der innerpolitischen Situation und auch der Außenpolitik der Slowakei kann man den offiziellen Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten **Viktor Orbán** am 14. Dezember in Bratislava zählen. Auf diesem Niveau war das der erste Besuch nach fast zehn Jahren. Obwohl er vor allem Höflichkeitscharakter hatte und beide Ministerpräsidenten sensible Fragen wie das Sprachengesetz, die doppelte Staatsangehörigkeit und die Verwendung von Sprachen nationaler Minderheiten nicht erörterten, wurde er zu einem wichtigen Signal für die künftig positive Wegweisung der bisher problematischen slowakisch-ungarischen Beziehungen. Zumindest im nächsten Halbjahr werden daher die gegenseitigen Beziehungen zwischen beiden Ländern Gegenstand im Focus des Interesses der Länder von Mittel- und Osteuropa stehen.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ  
AUTOR: DIPL.-ING. EDUARD BURAS  
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –  
TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX.:+49 (0)89 1258-359  
E-MAIL: [GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE](mailto:GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE) – HOMEPAGE: [WWW.HSS.DE](http://WWW.HSS.DE)  
ERSTELLT AM: 24.01.11